



# Daseinsvorsorge, monetäre Staatsfinanzierung und Umverteilung

Von Ralf Krämer | 02.02.2018

Staatliche Ausgaben werden überwiegend durch Steuern und Abgaben finanziert. Umso wichtiger ist es diese Finanzierung durch eine sozial gerechte Steuerpolitik sicher zu stellen.

Öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialstaat haben in allen entwickelten Ländern einen erheblichen Umfang. Das ist Wirtschaftsliberalen und Wirtschaftsverbänden ein großer Dorn im Auge.

Diesen attestiert Steinhardt in seinem Plädoyer einer öffentlichen Daseinsfürsorge vor allem ideologische bzw. politische Motive. Allerdings gibt es auch handfeste ökonomische Motive für die Beschränkung des Sozialstaats und für Privatisierungsbestrebungen. Einerseits versprechen sie sich davon geringere Lohnkosten und Steuerbelastungen und höhere Nettoprofiten durch zu ihren Gunsten verschobene Verteilungsverhältnisse. Zum anderen locken hier gigantische Geschäftsfelder, von Versicherungen über Dienstleistungen bis zur Infrastrukturbereitstellung, auf denen private Unternehmen und Kapitalgeber Geschäfte und Gewinne machen wollen.

Ich teile Steinhardts grundsätzliche Argumentation für öffentliche Leistungen und den Sozialstaat und gegen Privatisierung und die damit verbundene Aushöhlung von Demokratie. Allerdings meine ich, dass er in einem zentralen Punkt daneben liegt und es sich zu einfach macht:

„Es gibt schlicht keine Notwendigkeit, dass ein Staat mit einer souveränen Währung Steuerzahlungen erzwingen muss, um seine Ausgaben zu *refinanzieren*. Staaten können ihre Ausgaben immer mit Geld bezahlen, dass sie selbst „gedruckt“ haben. (...) Die Behauptung, dass die Daseinsvorsorge der Steuerzahlungen des Privatsektors bedarf, ist wohl die wirksamste Waffe gewesen, um den Widerstand gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge zu brechen.“

Steinhardt behauptet ernsthaft, das hat er mir in Mails bestätigt, dass ein Staat mit eigener Währung unbeschränkt seine Ausgaben durch staatliche Geldschöpfung bzw. die Zentralbank finanzieren könne. Die Erhebung von Steuern können zwar aus anderen Gründen sinnvoll sein, u.a. um die Akzeptanz des Geldes als Zahlungsmittel zu untermauern, zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben sei sie jedoch völlig entbehrlich und Regeln dafür völlig willkürlich. Indem der Staat Geld ausgabe, schaffe er bei Privaten Einkommen, und das könne eigentlich unbegrenzt vermehrt werden.

Ich bestreite nicht, dass ein Staat mit eigener Währung in gewissem Umfang durch Geldschöpfung Ausgaben finanzieren kann bzw. könnte und dass die hierzulande und im Euroraum dafür geltenden rechtlichen Beschränkungen bzw. Verbote willkürlich und schädlich sind. Es wäre sehr sinnvoll und würde die Möglichkeiten für aktive Wirtschaftspolitik sehr positiv erweitern, wenn das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB, Schuldenbremse, Fiskalpakt und die EU-Verschuldungsgrenzen abgeschafft würden. Paul Steinhardt überzieht m.E. aber völlig, wenn er so argumentiert, als könnten eigentlich die kompletten Ausgaben des Staates so finanziert werden.

Zum einen sind die in Verfassungen und anderen Rechtsakten festgelegte Regeln gesellschaftliche Tatsachen, und die Möglichkeit unbeschränkter Staatsfinanzierung durch Geldschöpfung wird in der politischen Debatte von kaum jemandem gefordert oder unterstützt. Es macht wenig Sinn, eine Position bzw. Argumentation vorzuschlagen, die an den gesellschaftlichen und politischen Realitäten dermaßen vorbeigeht. Ich wüsste auch keinen Staat der Erde oder in der Geschichte, dessen Ausgaben dauerhaft ausschließlich oder überwiegend durch monetäre Staatsfinanzierung gedeckt worden wären. Wo dies in Kriegs- oder Krisenzeiten in größerem Umfang geschah, mündete es in Hyperinflation.

Dies macht deutlich, dass es auch ökonomisch Grenzen für dauerhafte monetäre Staatsfinanzierung gibt. Steinhardt spricht selbst das Problem an, betrachtet es aber anscheinend als nicht relevant:

„Freilich, wenn ein Staat mit seiner Fähigkeit Geld aus dem Nichts' zu schaffen, die Produktion bestimmter Güter ermöglicht, dann stehen die dafür benötigten *realen Ressourcen* nicht mehr für die Produktion anderer Güter zur Verfügung.“

Er gesteht also zu, dass die vom Staat verwendeten Güter und Dienstleistungen und beschäftigten Arbeitskräfte nicht zugleich privat verwendet werden können. Das gilt analog aber auch für Einkommen bzw. Geldströme, die der Staat an Private verteilt und die dann von diesen als effektive Nachfrage verwendet werden. Die damit gekauften Waren können nicht zugleich von anderen gekauft werden.

Das ist aber kein Nebenaspekt, sondern wesentlich. Geld als Steuerungsmedium soll hier realwirtschaftliche Produktion und Einkommensverteilung regulieren, das ist der Zweck. Der Staat bzw. die Zentralbank kann zwar Geld „aus dem Nichts“ schöpfen, aber Wertschöpfung bzw. die Vermehrung preisbereinigter, nicht nur nominaler Einkommen kommt nicht aus dem Nichts, sondern aus realwirtschaftlicher Produktion durch Erwerbsarbeit. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bildet den realwirtschaftlichen Zusammenhang von Produktion bzw. Entstehung von Einkommen, ihrer Verwendung und Verteilung in ihren Kontensystemen ab. Mittels Geldschöpfung finanzierte staatliche Ausgaben führen nur insoweit zu zusätzlicher Produktion und Wertschöpfung, wie geeignete unausgelastete Kapazitäten dadurch aktiviert werden. Zusätzlich können durch Geldschöpfung finanzierte Staatsausgaben auch durch höhere Importe bedient werden.

In welchem Umfang zusätzliche staatlich angetriebene Wertschöpfung oder zusätzliche Importe möglich sind und zu welchen ungewollten Wirkungen das führt, hängt von der ökonomischen und außenwirtschaftlichen Lage des Landes ab. Auch die Auswirkungen auf die Profitraten und das Investitionsverhalten der Unternehmen sind dabei unter kapitalistischen Verhältnissen (leider) relevant. Normalerweise geht es hier nur um einige Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Krisen auch schon mal mehr. Auf die Dauer und in den großen Dimensionen, wie der heutige Staat ständig Ausgaben tätigt, also inklusive Sozialversicherungen über 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist aber eine Finanzierung dieser Ausgaben durch Steuern und Sozialbeiträge unumgänglich. Damit wird erreicht, dass den staatlich verwendeten oder verteilten Einkommen eine entsprechende Minderung der privat verfügbaren Einkommen gegenübersteht.

Nur so können die öffentlichen Ausgaben auf dem heutigen Niveau dauerhaft und ohne Hyperinflation getätigt werden. Diese wäre ansonsten der Prozess, durch den die Kaufkraft der privat verfügbaren Einkommen entsprechend angepasst würde. Es geht dabei nicht um eine Reihenfolge, sondern darum, durch welche Mechanismen die entsprechenden realwirtschaftlichen Proportionen der Produktion, Verteilung und Verwendung von Einkommen, hergestellt werden.

Abgesehen von den ökonomischen Problemen und Schäden durch Hyperinflation ist die Finanzierung staatlicher Ausgaben auch deshalb sinnvoll, weil sie eine sozial gerechtere Minderung der privat verfügbaren Einkommen ermöglicht. Insbesondere eine progressive Einkommensteuer, die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Vermögenseinkommen und die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften haben weitaus günstigere Verteilungswirkungen als eine globale Minderung der Kaufkraft durch Inflationierung. Diese würde eher regressiv wirken, ähnlich einer Mehrwertsteuererhöhung. Außerdem kann die Steuerungswirkung, die durch die Verausgabung öffentlicher Mittel erreicht wird, auch in Bezug auf die stofflichen Strukturen des gesellschaftlichen Produktions- und Lebensprozesses durch eine entsprechend gestaltete Steuerpolitik ergänzt und verstärkt werden.

Fazit: Der Staat ist nicht unnützer „Kostgänger“ des Privatsektors, sondern erbringt notwendige Leistungen für die Gesellschaft. Dies ändert aber nichts daran, dass staatliche Ausgaben überwiegend durch Zwangsabgaben zu Lasten der Erwerbseinkommen finanziert werden und auch bei den entgeltfinanzierten Leistungen eine Konkurrenz zu privatwirtschaftlicher Produktion besteht. Daraus ergeben sich kapitalistische und andere private Interessen und Bestrebungen, staatliche Ausgaben zu begrenzen und abzubauen und öffentliche Leistungen zu privatisieren. Der Neoliberalismus bringt

diese Interessen zum Ausdruck und legitimiert sie ideologisch. Die linken und sozialstaatlich orientierten Kräfte in der Gesellschaft müssen ständig diesen Bestrebungen entgegenwirken und den Kampf für eine Stärkung von Sozialstaat und öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Dazu gehört auch der Einsatz für ihre sozial gerechte Finanzierung durch eine entsprechende Steuerpolitik. Dem kann und darf man nicht ausweichen, indem man das für eigentlich überflüssig erklärt.

Veröffentlicht am: 02.02.2018

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2018/02/daseinsvorsorge-monetaere-staatsfinanzierung-und-umverteilung/>